



WWA Aschaffenburg - Postfach 11 02 63 - 63718 Aschaffenburg

ARZ INGENIEURE GmbH & Co. KG  
Kühlenbergstr. 56  
97078 Würzburg

**Ihre Nachricht**  
23.01.2026

**Unser Zeichen**  
5-4622-KT146-6166/2026

**Bearbeitung** +49 (6021) 5861-500  
Cornelia Simon

**Datum**  
26.02.2026

Mainstockheim, BPL „Wunn II“ mit 1. Änderung des Bebauungsplans „Wunn“ - Beteiligung TÖB nach § 4 Abs. 2 BauGB

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Schreiben vom 23.01.2026 bitten Sie um Stellungnahme vom WWA Aschaffenburg zum Bebauungsplan „Wunn II mit 1. Änderung Wunn I“ der Gemeinde Mainstockheim. Dieser Stellungnahme liegen die Unterlagen mit dem Stand 08.01.2026 zugrunde.

Im Folgenden nehmen wir aus wasserwirtschaftlicher Sicht Stellung:

#### 1. Grund- und Trinkwasserschutz

Der Planungsumgriff liegt nicht in einem Trinkwasser- oder Heilquellenschutzgebiet. Bei Maßnahmen, die auf das Grundwasser einwirken können, sind als allgemeine Sorgfaltspflichten nach § 5 (1) Wasserhaushaltsgesetz (WHG) insbesondere zu beachten: Vermeiden von nachteiligen Veränderungen der Gewässereigenschaften, sparsame Verwendung des Wassers sowie die Erhaltung der Leistungsfähigkeit des Wasserhaushalts.



## 2. Abwasser und Gewässerschutz

### 2.1 Schmutzwasser

Die Gemeinde Mainstockheim betreibt eine eigene Kläranlage, die als Belebungsanlage ausgeführt ist und in den Main einleitet. Die Gemeinde hat 2019 im Rahmen des wasserrechtlichen Verfahrens eine Überrechnung der Kläranlage vorlegt, aus der ersichtlich ist, dass die Kläranlage im Nachweis deutliche Defizite aufweist. Daher wurde sowohl in der wasserrechtlichen Erlaubnis vom 18.11.2021 als auch in der Erlaubnis vom 21.11.2025 darauf hingewiesen, dass aus wasserwirtschaftlicher Sicht aufgrund der Aus- bzw. Überlastung der Kläranlage keinen weiteren Abwasseranschlüssen aus Baugebieten mehr zugestimmt werden kann (siehe Ziffer 3.2 der wasserrechtlichen Erlaubnis). Daher halten wir es als Bedingung für den Bebauungsplan für erforderlich, dass eine Auftragsvergabe der Variantenstudie gemäß Ziffer 2.3 der wasserrechtlichen Erlaubnis vom 21.11.2025 vorliegt.

### 2.2 Niederschlagswasser

Das Baugebiet soll, wie bereits der erste Bauabschnitt, im Trennsystem entwässert werden. Das Niederschlagswasser soll hierbei über ein seit der Erschließung des ersten Abschnitts bestehendes Regenrückhaltebecken in Erdbauweise gedrosselt abgeführt werden. Eine wasserrechtliche Erlaubnis für die Einleitung aus dem Becken ist dem WWA nicht bekannt.

Gemäß Unterlagen ist bei der damaligen Dimensionierung des Beckens und der Kanäle die Erweiterung des Baugebietes bereits berücksichtigt worden. Insofern die Einleitung noch nicht wasserrechtlich behandelt wurde, ist ein Antrag mit entsprechenden Unterlagen beim Landratsamt Kitzingen zu stellen. Falls eine Erlaubnis vorliegt, bitten wir um Übermittlung des Bescheids.

## 3. Altlasten und schädliche Bodenveränderungen

Im Planbereich sind uns weder Altlasten noch schädliche Bodenveränderungen bekannt. Sollten Altlasten oder schädliche Bodenveränderungen angetroffen werden, sind sie nach Bodenschutzrecht hinsichtlich des Wirkungspfades Boden – Gewässer in Abstimmung mit Landratsamt Kitzingen und Wasserwirtschaftsamt Aschaffenburg durch einen zugelassenen Sachverständigen nach § 18 BBodSchG zu untersuchen, zu bewerten und ggfs. zu sanieren.

Aus wasserwirtschaftlicher Sicht besteht mit dem Vorhaben kein Einverständnis.

Ein Einverständnis aus wasserwirtschaftlicher Sicht kann nur unter der in Punkt 2.1 angeführten Vorlage einer Auftragsvergabe für die Variantenstudie für die Kläranlage, siehe Ziffer 3.2 der wasserrechtlichen Erlaubnis für die Kläranlage vom 21.11.2025, erfolgen.

Das LRA Kitzingen erhält einen Abdruck dieses Schreibens per Mail.

Mit freundlichen Grüßen

Cornelia Simon

*Abteilungsleitung Stadt und Landkreis Kitzingen*